

N° 994.

AUTRICHE ET SUISSE

Traité pour le redressement du Rhin
dès l'embouchure de l'Ill jusqu'au
Lac de Constance, signé à Vienne,
le 19 novembre 1924.

AUSTRIA AND SWITZERLAND

Treaty for the Regulation of the
Rhine from the Confluence of the
Ill to the Lake of Constance,
signed at Vienna, November 19,
1924.

TEXTE ALLEMAND. — GERMAN TEXT.

No. 994. — STAATSVERTRAG¹ DER SCHWEIZERISCHEN EIDGENOSSENSCHAFT MIT DER REPUBLIK ÖSTERREICH ÜBER DIE REGULIERUNG DES RHEINES VON DER ILLMÜNDUNG BIS ZUM BODENSEE, GEZEICHNET IN WIEN, AM 19. NOVEMBER 1924.

Texte officiel allemand communiqué par le Conseil Fédéral Suisse. L'enregistrement de ce Traité a eu lieu le 18 novembre 1925.

German official text communicated by the Swiss Federal Council. The registration of this Treaty took place November 18, 1925.

DIE SCHWEIZERISCHE EIDGENOSSENSCHAFT UND DIE REPUBLIK ÖSTERREICH schliessen über die Fortführung und Vollendung der gemäss dem Staatsvertrage² der Schweizerischen Eidgenossenschaft mit der Österreichisch-ungarischen Monarchie vom 30. Dezember 1892 unternommenen Regulierung des Rheines von der Illmündung bis zum Bodensee folgenden Vertrag :

Artikel 1.

Die von der Schweiz und Österreich gemeinsam auszuführenden Rheinregulierungswerke sind gemäss dem Staatsvertrage vom 30. Dezember 1892 und den späteren Vereinbarungen folgende :

1. der bereits fertiggestellte untere Durchstich bei Fussach ;
2. die Normalisierung und Flussbetteintiefung der Zwischenstrecke, d. i. in der Strecke zwischen dem Fussacher- und dem Diepoldsauer-Durchstiche ;
3. der obere Durchstich bei Diepoldsau ;
4. die Regulierung der Obern Strecke, d. i. der Strecke vom Diepoldsauer-Durchstiche bis zur Illmündung ;
5. die durch die Ausführung der vorgenannten Werke notwendig werdende Erstellung, Wiederherstellung oder Abänderung von Brücken, Strassen und Wegen ;
6. die zur Schaffung eines genügenden Durchflussprofils für die Hochwässer nötigen Flutöffnungen bei den bestehenden Brücken, sowie die aus diesem Grunde nötigen Zurücksetzungen der Hochwasserdämme ;
7. als neues Werk die Vorstreckung der Regulierungswerke des Fussacher Durchstiches auf dem Schuttkegel im Bodensee.

Artikel 2.

Von dem Diepoldsauer Gebiet, das zwischen dem alten und neuen Rheinlauf liegt, werden die Tag-, Sicker- und Grundwässer durch das alte Rheinbett hindurch auf österreichisches

¹ L'échange des ratifications a eu lieu à Vienne, le 2 novembre 1925.

² Nouveau Recueil Général des Traités, deuxième série, tome XXI, page 50.

¹ The exchange of ratifications took place at Vienna, November 2, 1925.

² British and Foreign State Papers, Vol. 84, page 690.

Gebiet abgeleitet. Das Ableitungsgerinne bis zur österreichischen Grabenanlage ist durch beide Staaten gemeinsam, jedoch einschliesslich der Entschädigungen für beanspruchte Gründe auf Rechnung der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu erstellen. Die österreichische Grabenanlage (Neunergraben, Scheibenbach und Lustenauer-Kanal) ist von Österreich auf eigene Kosten zu erstellen, dass eine einwandfreie Vorflut für das Ableitungsgerinne der Diepoldsauer Gewässer gewährleistet ist.

Artikel 3.

Als technische Grundlage für die Ausführung der im Artikel 1 dieses Vertrages bezeichneten gemeinsamen Werke gelten :

1. die dem Verträge vom 30. Dezember 1892 als integrierende Bestandteile desselben beigegebenen Pläne und Normalien des vereinbarten Generalprojektes, soweit diese nicht seither durch einvernehmliche Verfügungen der Regierungen der beiden Vertragsstaaten oder durch von beiden Vertragsstaaten anerkannte Beschlüsse der Internationalen Rheinregulierungskommission abgeändert oder ergänzt worden sind ;
2. die in Ziffer 1 hievorigen angeführten Abänderungen und Ergänzungen.

Artikel 4.

Die Bauzeit für die Zwischenstrecke und den Diepoldsauer Durchstich erstreckt sich bis Ende des Jahres 1929, jene für die Obere Strecke bis Ende des Jahres 1931.

Die Ausgestaltung der Grabenanlage auf österreichischem Gebiete (Artikel 2) ist von der österreichischen Regierung so rechtzeitig vorzunehmen, dass die Ableitung der Diepoldsauer Gewässer keine Verzögerung erleidet.

Artikel 5.

Bei der Bauvergebung und -durchführung soll dasjenige Verfahren eingehalten werden, das unbeschadet der rechtzeitigen und zweckmässigen Durchführung möglichst geringe Baukosten verursacht.

Artikel 6.

A. Die Gesamtkosten für alle ab 1. Jänner 1920 von den beiden Regierungen auf gemeinsame Kosten noch auszuführenden Werke ausschliesslich der Vorstreckung im Bodensee (Artikel 1, Punkt 7) beziffern sich nach dem bezüglichen einvernehmlich genehmigten Voranschlage auf Fr. 13,140,000, von welcher Summe nach Abzug des mit 31. Dezember 1919 verbliebenen Baukredites von rund Fr. 3,740,000, noch ein Betrag von Fr. 9,400,000 von beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen von je Fr. 4,700,000 aufzubringen ist.

In den gemeinsamen Kosten sind die Auslagen für die Verwaltung, die Kosten der Bauleitung und die Entschädigungen für beanspruchte Gründe und Rechte inbegriffen.

Die beiden Vertragsstaaten kommen überein, dass nicht nur der auf die Schweiz entfallende Kostenanteil von Fr. 4,700,000, der in neun Jahresraten ab 1922 zu je Fr. 500,000 und einer letzten Jahresrate zu Fr. 200,000 abzustatten ist, sondern auch der Österreich treffende Kostenanteil von Fr. 4,700,000, und zwar der letztere Betrag vorschussweise für Österreich seitens der Schweiz der Internationalen Rheinregulierungskommission nach Massgabe des Baufortschrittes in Form von Bauvorschüssen zur Verfügung gestellt wird, wogegen sich Österreich verpflichtet, vom Jahre 1925 angefangen seinen Anteil ohne Zinsvergütung in folgenden Jahresraten an die Schweiz zu leisten :

in den ersten sechs Jahren je	Fr. 100,000
in den weiteren sechs Jahren je	» 150,000
in den weiteren sechs Jahren sodann je	» 200,000
und in den letzten acht Jahren je	» 250,000

Diese Jahresleistungen werden in zwei gleichen Halbjahresraten am 1. Jänner und am 1. Juli der bezüglichen Jahre fällig werden.

Die vorgenannten österreichischen Jahresbeiträge stellen Minimalleistungen dar, die in den künftigen Jahren nach Massgabe der Zunahme der finanziellen Lesistungsfähigkeit Österreichs Steigerungen erfahren können, so dass die von Österreich aufzubringende Gesamtsumme von Fr. 4,700,000 eventuell in weniger als 26 Jahren getilgt werden würde.

Die der Internationalen Rheinregulierungskommission à conto der oberwähnten Beiträge der beiden Staaten seitens der Schweiz zu verabfolgenden Vorschusszahlungen sollen unter Berücksichtigung des für das betreffende Baujahr festgestellten Bauprogrammes und Kostenvoranschlages nur den Betrag des Baubedarfes für die Dauer von je ungefähr drei Monaten erreichen.

Diese Bauvorschüsse sind von der Internationalen Rheinregulierungskommission unter gleichzeitiger Einsendung eines periodischen Ausweises über den finanziellen Stand des Unternehmens an die beiden Regierungen beim Eidgenössischen Departement des Innern anzusprechen.

In den Jahresrechnungen des Internationalen Rheinregulierungsunternehmens sind die geleisteten Vorschusszahlungen als Beiträge der beiden Staaten je mit der Hälfte der bezahlten Summe vorzumerken.

Die Tilgung der Bauvorschüsse, die die Gesamtsumme von Fr. 9,400,000 nicht übersteigen dürfen, erfolgt durch die oberwähnten Staatsbeiträge der Schweiz und der Republik Österreich.

B. Ausser den unter A angeführten Mitteln steht dem Rheinregulierungsunternehmen noch ein im Laufe der Jahre hauptsächlich aus Zinserträgen gesammelter Reservefonds zur Verfügung, dem fernerhin die Zinserträge, die Liquidationserlöse und allfällige Kursgewinne zufallen.

Aus dem Reservefonds sind allfällige Kursverluste zu decken. Weiters findet er für gemeinsame Bau- und Erhaltungsarbeiten Verwendung, die in dem für die Rheinregulierung genehmigten Projekte nicht vorgesehen waren.

Die Verfügung über diesen Fonds steht beiden Regierungen zu, der Internationalen Rheinregulierungskommission nur insoferne, als es sich um keinen höheren vorausschendenden Jahresaufwand als Fr. 25,000 oder um die Inangriffnahme sehr dringender, nicht aufschiebbarer Arbeiten handelt.

In den Rechnungsabschlüssen ist der Reservefonds gesondert auszuweisen. Die Gelder des Reservefonds sind in der Schweiz anzulegen.

Artikel 7.

Die bei der Ausführung der auf gemeinsame Kosten herzustellenden Werke sich ergebenden, von den beiden Regierungen als notwendig erkannten Mehrkosten werden von beiden Staaten zu gleichen Teilen getragen werden. Insbesondere erklären sich die beiden Regierungen bereit, für den Fall, dass sich die Notwendigkeit herausstellen sollte, zum Zwecke vermehrter Geschicbeführung eine weitere Konzentrierung des anfangs zweiteilig angelegten Rheinprofils durchzuführen, derselben nach gemeinsamer Prüfung der Verhältnisse nachträglich zuzustimmen.

Die von den allfälligen Mehrkosten auf Österreich entfallende Hälfte wird von der Schweiz vorschussweise zur Verfügung gestellt und von Österreich anschliessend an die Abstattung des gemäss Artikel 6 zu vergütenden Kostenanteiles in Jahresraten bis zum Mindestbetrage von Fr. 250,000 rückerstattet werden.

Artikel 8.

A. Die Erhaltung der Werke des Fussacher Durchstiches wurde von Österreich gemäss Artikel 6 und 8 des Staatsvertrages vom 30. Dezember 1892 bereits übernommen.

Die Erhaltungsarbeiten an den zwischen der St. Margarethner Eisenbahnbrücke und der Illmündung gemeinsam ausgeführten Regulierungsbauwerken werden während der Bauzeit (Artikel 4) auf Rechnung des Baufonds bewirkt. Nachher obliegt die Erhaltung demjenigen Staate, auf dessen Gebiet sich die betreffenden Werke befinden wobei sich jede Regierung vorbehält,

im eigenen Lande die Erhaltungsarbeiten auch an den früher bestandenen alten Werken in der ihr geeignet erscheinenden Weise zu regeln.

Bei der Obsorge für das Mittelprofil zwischen den Wuhren werden die beiden Vertragsstaaten auch nach Ablauf der Bauzeit (Artikel 4) insbesondere darauf achten, dass keine solchen Kiesablagerungen bestehen bleiben, die zu gefährlichen Stauungen Anlass geben.

Die Regierungen beider Staaten erkennen ferner an, dass nicht nur die Erhaltung des Abflussprofils im eigentlichen Flussbette zwischen den Wuhren, wobei die Arbeiten gemeinschaftlich durchzuführen und die Kosten zu gleichen Teilen zu tragen sind, auch nach Ablauf der Bauzeit (Artikel 4) eine Angelegenheit des gemeinsamen Interesses bildet, sondern dass es für den ungefährdeten Bestand der gemeinsamen hergestellten Werke notwendig sein wird, auch für die Erhaltung des gesamten normalen Durchflussquerschnittes zu sorgen.

Die beiden Staaten verpflichten sich daher, alle zur Verhütung oder Behebung von Veränderungen der Vorländer, die den normalen Durchflussquerschnitt beeinträchtigen, als notwendig erkannten Arbeiten auf eigene Kosten insoweit durchzuführen, als die Rücksicht auf die Sicherheit der gemeinsam hergestellten Regulierungswerke dies erheischt.

Über die Erhaltung der Vorstreckungswerke (Artikel 1, Punkt 7) werden die beiden Vertragsstaaten später ein besonderes Übereinkommen treffen. Bis dahin sind diese Werke auf gemeinsame Kosten zu unterhalten.

Den Unterhalt des offenen Überleitungsgerinnes bei Diepoldsau hat die österreichische Regierung auf ihrem Gebiete binnen einem Jahre nach Einleitung des Wassers zu übernehmen und erhält dafür von der Schweiz einen von beiden Regierungen auf Antrag der Internationalen Rheinregulierungskommission festzusetzenden Betrag.

B. Beide Staaten verpflichten sich, die im Punkt 7 des Artikels 1 erwähnte Vorstreckung im See jeweils nach Massgabe der Notwendigkeit rechtzeitig durchzuführen.

Die Kosten hiefür werden von beiden Staaten zu gleichen Teilen getragen.

C. Um durch ein einvernehmliches Vorgehen die klaglose Erhaltung der gemeinsam hergestellten Werke zu sichern, sind alljährlich von Vertretern beider Regierungen gemeinsame Begehungen vorzunehmen und die im Bereiche der Flusstrecke und im Überleitungsgerinne bei Diepoldsau gemachten Wahrnehmungen und die nötigen Massnahmen festzustellen.

Auch die im Artikel 2 erwähnte Grabenanlage (Neunergraben usw.) ist, soweit deren Verhältnisse auf den Abfluss der Diepoldsauer Gewässer Einfluss haben, in diese Besichtigung einzu beziehen. Die österreichische Regierung verpflichtet sich, die dabei allenfalls festgestellten Mängel zu beheben.

Artikel 9.

A. Die Ausführung der Rheinregulierung und die Leitung aller damit in einem inneren Zusammenhange stehenden Angelegenheiten obliegt einer aus vier Mitgliedern und vier Ersatzmännern bestehenden Internationalen Rheinregulierungskommission, in welche jede der beiden Regierungen je zwei Vertreter und zwei Ersatzmänner entsendet.

Diese Kommission wählt alljährlich aus ihrer Mitte den Vorsitzenden, wobei diese Wahl aus den schweizerischen und österreichischen Mitgliedern alternierend vorzunehmen ist. Die Kommission hat im Laufe eines jeden Baujahres zur geeigneten Zeit an dem von ihr bestimmten Orte zusammenzutreten und die zur erspriesslichen Durchführung des gemeinsamen Unternehmens erforderlichen Massnahmen zu beraten und zu beschliessen; sie ist berechtigt, die Beschlüsse im Rahmen des vereinbarten Projektes auch ausführen zu lassen und hiebei die Mitwirkung der zuständigen Behörden in Anspruch zu nehmen.

Jedes der vorgenannten Kommissionsmitglieder einschliesslich des Vorsitzenden ist stimmberechtigt. Wenn bei Verhandlungsgegenständen, welche der Befugnis der Rheinregulierungskommission unterstellt sind, ein Mehrheitsbeschluss nicht zustandekommt, ist der Gegenstand zunächst den beiden Regierungen vorzulegen. Treffen diese keine einvernehmliche Entscheidung, so ist der Gegenstand einem von den beiden Regierungen von Fall zu Fall zu bezeichnenden, einem dritten Staate angehörigen Ingenieur zur Entscheidung vorzulegen.

Die über die Verhandlungen der Kommission geführten Protokolle sind in zwei Exemplaren auszufertigen, wovon eines an den schweizerischen Bundesrat und eines an das österreichische Bundesministerium für Handel und Verkehr in Wien einzusenden ist.

Die Verwaltungskosten der Kommission mit Inbegriff der Diäten und Reisekosten der Kommissionsmitglieder werden gleichfalls, ebenso wie die Auslagen für die Besorgung der laufenden Geschäfte und für die Leitung und Beaufsichtigung der Bauten, für Rechnung des gemeinsamen Regulierungsunternehmens bestritten.

Die Entschädigung der Kommissionsmitglieder und die Gebühren der Bauleiter werden auf Antrag der Rheinregulierungskommission von den beiderseitigen Regierungen einvernehmlich festgesetzt.

B. Der Internationalen Rheinregulierungskommission obliegt die Überwachung und Verwaltung des gemeinsamen Unternehmens in technischer, administrativer und finanzieller Hinsicht.

Demnach unterliegen die von den Bauleitungen (Artikel 10) zu verfassenden Projekte ihrer Prüfung und Genehmigung.

Ebenso prüft und genehmigt die Kommission die jährlichen Bauanträge und verfügt deren Ausführung, sie genehmigt die Bau- und Lieferungsverträge, sowie die Bedingungen für die Vergabe der Bauten und Materiallieferungen; die Kommission prüft auch die im abgelaufenen Baujahre ausgeführten Bauten, kollaudiert dieselben auf Grund der von den Bauleitungen vorgelegten Abrechnungen und liquidiert die Ausführungskosten nach Masgabe des Befundes.

Die Kommission beschliesst über die Notwendigkeit der Einlösung von Grundstücken, Bauten, Materialerzeugungs- und Lagerplätzen usw., erteilt die zum Abschluss von Vergleichen über Entschädigungen im Enteignungsfalle erforderliche Ermächtigung und genehmigt die bezüglichen Verträge.

Die Kommission ist berechtigt, Änderungen in den Details der gemeinsamen Werke zu beschliessen, doch darf eine Überschreitung des für die Gesamtheit der Werke veranschlagten Aufwandes hiedurch nicht stattfinden.

Im entgegengesetzten Falle, oder wenn bei der Ausführung wesentliche Abweichungen von den im gegenwärtigen Verträge angeführten Grundlagen notwendig werden, ist die Zustimmung der beiderseitigen Regierungen einzuholen.

Mit Schluss jedes Jahres ist an beide Regierungen über den Fortgang der Arbeiten und über die finanzielle Gebarung Bericht zu erstatten.

Artikel 10.

Für die Durchführung der nach den Beschlüssen der Internationalen Rheinregulierungskommission noch auszuführenden gemeinsamen Regulierungswerke sind zwei Bauleitungen und zwar die österreichische Rheinbauleitung in Bregenz und die schweizerische Rheinbauleitung in Rorschach, bestellt, die seitens der Rheinregulierungskommission in zweckentsprechender Verteilung mit der Ausführung der Bauten betraut werden. Dabei sind sämtliche mit dem Diepoldsauer Durchstich im Zusammenhang stehenden Arbeiten der schweizerischen Bauleitung zuzuweisen.

Jede dieser Bauleitungen ist einem von der betreffenden Regierung bestellten Ingenieur als Bauleiter übertragen.

Von den vorerwähnten Bauleitern werden gemäss der von der Internationalen Rheinregulierungskommission jeweils aufgestellten Dienstesinstruktion die zukommenden Geschäfte mit Unterstützung des ihnen nach Bedarf beigegebenen Personals besorgt.

Artikel 11.

Den beiden Regierungen wird ausdrücklich das Recht gewahrt, durch speziell hiefür bezeichnete Organe jederzeit die freieste Einsichtnahme und Kontrolle über das gemeinsame Unternehmen sowohl in technischer als in finanzieller Beziehung auszuüben.

Artikel 12.

Nach Vollendung der in Artikel 1, Punkt 1 bis 6, und der in Artikel 2 bezeichneten gemeinsamen Werke und nach vollständiger Abwicklung der Geschäfte wird die Internationale Rheinregulierungskommission aufgehoben und die Besorgung der verbleibenden gemeinsamen Angelegenheiten in der beiden Regierungen geeignet erscheinenden Weise einvernehmlich geregelt werden.

Artikel 13.

Die zu den gemeinsamen Arbeiten erforderlichen Baumaterialien sind tunlichst aus inländischen Bezugsorten zu entnehmen.

Es wird wechselseitig vorübergehende Zollfreiheit für die aus dem Gebiete des einen auf das Gebiet des andern Staates zum Zwecke der Vornahme der infolge dieses Vertrages auszuführenden Rheinregulierungsarbeiten einzuführenden Maschinen, Gerätschaften, Werkzeuge u. dgl. unter der Bedingung zugestanden, dass diese Gegenstände gehörig erklärt, zollamtlich identifiziert, die Zollgebühren sichergestellt und die Gegenstände binnen angemessener Frist ins Ausland wieder ausgeführt werden.

Für die in der vorgezeichneten Frist nicht ausgeführten Gegenstände sind die entfallenden Zollgebühren zu entrichten.

Artikel 14.

Das nach erfolgter Ableitung des Rheines durch den Fussacher Durchstich verbliebene alte Rheinbett hat den beiderseitigen Binnengewässern, insbesondere aber dem schweizerischen Binnenkanal als Rinnsal bis zum Bodensee zu dienen. Durch die Internationale Rheinregulierungskommission ist die benötigte Breite und die Richtung des erforderlichen Wasserlaufes, soweit es ohne erhebliche Kosten möglich ist, tunlichst in der Mitte desselben festzusetzen.

Die hiebei allfällig zum Zwecke der Erzielung eines gleichmässigen Gefälles erforderliche Durchstechung von Furten und Regulierung des Kanals ist Sache der Schweizerischen Eidgenossenschaft.

Nach erfolgter Regulierung wird der Unterhalt der Ufer dieses Wasserlaufes durch die betreffenden Regierungen besorgt.

Artikel 15.

Die Landesgrenze zwischen den beiden Staaten verbleibt auch nach Vollendung der beiden Durchstiche unverändert in der bisherigen, der Mitte des alten Rheinstromes entsprechenden Richtung.

Abmachungen über die Zollgrenze, die Fischerei, die Schifffahrt, den Bezug von Sand, Kies und Steinen oder andere Verhältnisse werden, falls solche allfällig wünschenswert erscheinen, ausdrücklich speziellen Verhandlungen überwiesen.

Artikel 16.

Wenn sich die Regierungen über die Auslegung oder Anwendung einzelner Vertragsbestimmungen nicht einigen sollten, werden solche Anstände einem Schiedsgericht unterbreitet.

In dieses Schiedsgericht wählt jede der beiden Regierungen ein Mitglied. Der Obmann, der keinem der vertragsschliessenden Staaten angehören darf, wird von beiden Regierungen im gemeinsamen Einverständnis bezeichnet.

Findet die gemeinsame Bezeichnung des Obmannes nicht innerhalb 6 Monaten, nachdem eine Partei die schiedsgerichtliche Erledigung des Streitfalles in Vorschlag gebracht hat, statt,

so erfolgt die Wahl in sinngemässer Anwendung des in Art. 45, Abs. 4 ff., des Haager Abkommens¹ zur friedlichen Erledigung internationaler Streitfälle von 1907 vorgesehenen Verfahrens.

Artikel 17.

Die Schweizerische und die Österreichische Bundesregierung werden im Interesse der fernern Erhaltung der regulierten Rheinstrecke in jenen seitlichen Zuflüssen des Rheins, die ihm Geschiebe zuführen, Verbauungen und Anlagen in den Flussgerinnen und Quellgebieten vornehmen, die geeignet sind, die Geschiebeführung zu vermindern.

Die Bestimmung des Zeitpunktes und des Umfanges der einzelnen Wildbachverbauungen bleibt zwar jeder Regierung überlassen, doch sollen diese Arbeiten in jenen Zuflüssen möglichst gefördert werden, die durch ihre Geschiebeführung besonders nachteilig wirken.

Artikel 18.

Der gegenwärtige Vertrag soll ratifiziert werden, der Austausch der Ratifikationsurkunden nach verfassungsmässiger Genehmigung möglichst bald in Wien stattfinden und die Wirksamkeit des Vertrages sogleich nach diesem Austausche eintreten.

Der Vertrag wird in zwei Gleichstücken ausgefertigt. Der ratifizierte Vertrag wird von beiden Staaten in ihrer amtlichen Gesetzessammlung veröffentlicht werden.

Zu Urkund dessen haben die beiderseitigen Bevollmächtigten, und zwar :

Der ausserordentliche Gesandte und bevollmächtigte Minister Dr. Charles Daniel Bourcart als Bevollmächtigter der Schweizerischen Eidgenossenschaft und der Bundesminister für die Auswärtigen Angelegenheiten Dr. Alfred Grünberger als Bevollmächtigter der Republik Österreich, nachdem sie gegenseitig ihre Vollmachten geprüft und richtig befunden haben, diesen Vertrag unterzeichnet und ihre Siegel begedrückt.

Geschehen zu Wien, am 19. November 1924.

Für die Schweizerische Eidgenossenschaft :

(Sig.) C. D. BOURCART.

(Siegel.)

Für die Republik Österreich :

(Sig.) Dr. GRÜNBERGER.

(Siegel.)

Für getreue Abschrift :

Bern, den 18. November 1925.

Der Bundeskanzler,

(Signé) KAESLIN.

¹ De Martens, Nouveau Recueil Général de Traités, troisième série, tome III, page 360.

¹ British and Foreign State Papers, Vol. 100, page 298.

¹ TRADUCTION.

N^o 994. — TRAITÉ ENTRE L'AUTRICHE ET LA SUISSE POUR LE REDRESSEMENT DU RHIN DÈS L'EMBOUCHURE DE L'ILL JUSQU'AU LAC DE CONSTANCE, SIGNÉ A VIENNE, LE 19 NOVEMBRE 1924.

LA CONFÉDÉRATION SUISSE et LA RÉPUBLIQUE D'AUTRICHE ont conclu pour la continuation et le parachèvement des travaux de redressement du Rhin dès l'embouchure de l'Ill jusqu'au lac de Constance, entrepris en commun en vertu du Traité entre la Suisse et la Monarchie Austro-Hongroise du 30 décembre 1892, la Convention suivante :

Article 1.

Les travaux à exécuter en commun par la Suisse et l'Autriche sont, d'après le Traité du 30 décembre 1892 et les arrangements intervenus ultérieurement, les suivants :

1^o La coupure inférieure, actuellement terminée, près de Fussach ;

2^o La régularisation et l'approfondissement du lit dans la section intermédiaire entre la coupure de Fussach et celle de Diepoldsau ;

3^o La coupure supérieure près de Diepoldsau ;

4^o La régularisation de la section supérieure, dès la coupure de Diepoldsau jusqu'à l'embouchure de l'Ill ;

5^o Les routes, chemins et ponts neufs à établir ensuite des ouvrages mentionnés

² TRANSLATION.

No. 994. — TREATY BETWEEN AUSTRIA AND SWITZERLAND FOR THE REGULATION OF THE RHINE FROM THE CONFLUENCE OF THE ILL TO THE LAKE OF CONSTANCE, SIGNED AT VIENNA, NOVEMBER 19, 1924.

THE SWISS CONFEDERATION and THE AUSTRIAN REPUBLIC have concluded the following Convention for the continuation and completion of the work of regulating the Rhine from the confluence of the Ill to the Lake of Constance, jointly undertaken in virtue of the Treaty between Switzerland and the Austro-Hungarian Monarchy of December 30, 1892 :

Article 1.

The work to be carried out jointly by Switzerland and Austria in conformity with the Treaty of December 30, 1892, and the subsequent agreements is as follows :

(1) The lower cutting now completed near Fussach.

(2) The regulation and deepening of the bed in the intermediate sector between the Fussach and Diepoldsau cuttings.

(3) The upper cutting near Diepoldsau.

(4) The regulation of the upper section from the Diepoldsau cutting to the confluence of the Ill.

(5) The construction, repair or modification of bridges, roads and paths rendered

¹ Communiquée par le Conseil Fédéral Suisse.

² Traduit par le Secrétariat de la Société des Nations.

¹ Communicated by the Swiss Federal Council.

² Translated by the Secretariat of the League of Nations.

ci-dessus et les réparations et modifications éventuelles à faire, ensuite du redressement du fleuve, à des objets existants ;

6° Les ouvertures nécessaires à apporter aux ponts actuels et le déplacement des arrière-bords, dans le but de créer un profil suffisant au fleuve pour le bon écoulement des hautes eaux ;

7° Comme nouvel ouvrage, le prolongement des travaux exécutés à la coupure inférieure près de Fussach sur le cône de déjection, dans le lac de Constance.

Article 2.

Toutes les eaux du bassin de Diepoldsau, qui se trouve entre l'ancien et le nouveau lit du Rhin, seront écoulées par un canal spécial, qui coupera l'ancien lit et traversera le territoire autrichien. Ce canal d'écoulement sera exécuté en commun par les deux Etats jusqu'au canal d'assainissement sur territoire autrichien, mais aux frais de la Suisse seule, y compris les expropriations et autres acquisitions de terrain. Le Gouvernement autrichien fera construire à ses propres frais le canal d'assainissement (Neunergraben, Scheibenbach et le canal de Lustenau), dont l'installation garantira un écoulement irréprochable du canal de Diepoldsau.

Article 3.

Les travaux communs énumérés dans l'article premier du présent Traité seront exécutés d'après les bases techniques suivantes :

1° Les plans et types normaux du projet général faisant partie intégrante du traité du 30 décembre 1892, qui n'ont pas été modifiés ou complétés depuis par des décisions communes des Gouvernements des deux Etats intéressés ou par des décisions de la Commission internationale du Rhin, acceptées par les deux Etats ;

2° Les changements ou compléments dont il est fait mention au chiffre précédent.

Article 4.

Le délai d'exécution pour la section intermédiaire et la coupure de Diepoldsau s'étend

necessary by the execution of the above-mentioned works.

(6) The adjustment of the span of existing bridges so as to allow a sufficient cross-section for the discharge of the river at high water, and the moving back of the high-water embankments for the same purpose.

(7) As a new undertaking, the extension of the regulation works undertaken on the lower Fussach cutting on the rubble mound in the Lake of Constance.

Article 2.

The surface, percolated and sub-soil waters of the Diepoldsau Basin situated between the old and new beds of the Rhine shall be drained off through the old bed of the Rhine into Austrian territory. This canal, as far as the canal drainage on Austrian territory, shall be constructed by both States in common, but all the costs, including compensation for expropriation of land, shall be borne by the Swiss Confederation. The Austrian canal system (Neunergraben, Scheibenbach and Lustenau Canal) shall be constructed by Austria at her own expense so as to provide an adequate channel for the waters of the Diepoldsau Canal.

Article 3.

The work to be undertaken jointly, described in Article 1 of the present Treaty, shall be carried out on the technical basis of :

(1) The plans and main principles of the general project forming an integral part of the Treaty of December 30, 1892, in so far as they have not been subsequently modified or supplemented by joint decision of the Governments of both Contracting States, or by decisions of the International Commission for the Regulation of the Rhine, accepted by both Contracting States.

(2) The changes and additions mentioned in the preceding paragraph.

Article 4.

The time allowed for the completion of work on the intermediate sector and the Die-

jusqu'à la fin de l'année 1929, celui pour la section supérieure jusqu'à la fin de l'année 1931.

La construction du canal d'assainissement sur territoire autrichien (art. 2) se fera assez tôt par le Gouvernement autrichien pour que l'écoulement des eaux de Diepoldsau ne subisse aucun retard.

Article 5.

Dans les adjudications de travaux et dans la construction elle-même, on procédera de telle sorte que l'œuvre entière soit exécutée à temps et convenablement, mais à des conditions aussi avantageuses que possible pour l'entreprise.

Article 6.

A. Le montant total de tous les travaux encore à exécuter par les deux Etats en compte commun à partir du 1^{er} janvier 1920, sans les ouvrages à l'embouchure du Rhin (art. 1^{er}, chiffre 7) atteint, d'après le devis estimatif accepté par les deux Gouvernements, la somme de 13.140.000 francs ; de cette somme, il faut déduire le capital de construction de l'entreprise disponible au 31 décembre 1919 de 3.740.000 francs, de sorte qu'il reste encore une somme de 9.400.000 francs à couvrir par les deux Etats, correspondant à une part égale de chaque Etat de 4.700.000 franc.

Dans les frais communs sont comprises les dépenses pour l'administration, la direction des travaux et les expropriations ou autres acquisitions de terrain.

Les deux Etats contractants sont d'accord que non seulement la quote-part de 4.700.000 francs qui incombe à la Suisse sera payée par elle en neuf annuités de chacune 500.000 francs à partir de 1922 et un solde de 200.000 francs, mais qu'elle mettra en outre aussi à la disposition de la Commission internationale du Rhin, selon l'avancement des travaux, sous forme d'avances, la somme de 4.700.000 francs, qui doit être supportée par l'Autriche. Le Gouvernement de cet Etat s'engage à rembourser cette somme, mais sans intérêts, à partir de 1925, en payant à la Suisse les annuités suivantes :

Pour chacune des 6 premières années fr. 100.000
 Pour chacune des 6 années suivantes fr. 150.000
 Pour chacune des 6 années suivantes fr. 200.000
 Pour chacune des 8 dernières années fr. 250.000

poldsau cutting shall be until the end of 1929, and that for the upper sector until the end of 1931. The construction of the canal system on Austrian territory (Article 2) shall be carried out by the Austrian Government in good time, in order that the outflow of the Diepoldsau waters should not be delayed.

Article 5.

In the assignment of contracts and the actual work of construction, care shall be taken to secure the best possible terms compatible with the work being carried out properly and in good time.

Article 6.

A. The total cost of all the work to be undertaken jointly by the two Governments after January 1, 1920, with the exception of the extension in the Lake of Constance (Article 1, Section 7) will amount, according to the estimates approved by the two Governments, to 13,140,000 frs. After deducting the balance available on December 31, 1919, of 3,740,000 francs, there remains a sum of 9,400,000 francs to be met by the two States in equal shares of 4,700,000 francs.

The common expenses include the costs of administration and management and payments for expropriation and acquisition of ground.

The two Contracting States agree that not only shall Switzerland pay her share of 4,700,000 francs in the form of nine annuities of 500,000 francs, beginning in 1922, and a final payment of 200,000 francs, but that she shall advance to the International Commission for the Regulation of the Rhine, according as the work progresses, the sum of 4,700,000 francs which constitutes Austria's share. In return, Austria undertakes to repay this sum to Switzerland without interest, beginning in 1925, in accordance with the following schedule :

In each of the first 6 years	100,000 fr.
» » » succeeding 6 years	150,000 »
» » » succeeding 6 years	200,000 »
» » » last 8 years	250,000 »

Ces annuités seront payables par acomptes semestriels égaux, le 1^{er} janvier et le 1^{er} juillet de chaque année.

Les paiements annuels autrichiens indiqués ci-dessus sont à considérer comme des minima qui pourraient dans les années subséquentes subir des augmentations suivant l'état financier de l'Autriche, de sorte que la somme totale de 4.700.000 francs pourrait éventuellement être remboursée en moins de 26 ans.

Les avances que la Suisse aura à faire à la Commission internationale du Rhin, comme acomptes sur les subventions qu'ont accordées les deux Etats ne devront pas dépasser, en général, la dépense prévue pour les trois mois suivants, en tenant compte du programme général et du devis des travaux dressés pour l'exercice annuel respectif.

Ces avances doivent être demandées par la Commission internationale du Rhin au département fédéral de l'Intérieur. A chaque demande la Commission joindra, pour les deux Gouvernements, un rapport périodique sur l'état financier de l'entreprise.

Ces avances figureront dans les comptes annuels de la correction internationale du Rhin, par moitié, comme subventions versées par les deux Etats.

Le remboursement intégral des avances, qui ne pourront pas dépasser la somme totale de 9.400.000 francs, s'effectuera au moyen des subventions accordées par la Suisse et la République d'Autriche.

B. En dehors des fonds mentionnés ci-dessus sous la lettre A, l'entreprise internationale du Rhin dispose encore du fonds de réserve alimenté principalement durant ces dernières années par les intérêts de banque et auquel viendront encore s'ajouter les intérêts ultérieurs, les produits de ventes diverses et aussi les bénéfices faits éventuellement par des opérations de change.

Le fonds de réserve supportera les pertes éventuelles sur le change. En outre, il trouvera son emploi pour des travaux communs de construction et d'entretien, qui ne sont pas prévus dans le projet de redressement du Rhin.

Le droit de disposer de ce fonds appartient aux deux Gouvernements; la Commission internationale du Rhin a aussi la compétence de faire supporter par ce fonds des dépenses résultant de l'exécution de travaux urgents et qui ne peuvent pas être renvoyés, ou si la dépense prévue ne dépasse pas la somme de 25.000 francs en une seule année.

These annuities shall be payable in two equal half-yearly instalments on January 1st and July 1st of each year.

The yearly payments by Austria mentioned above constitute minimum payments which may be increased in future years according to the improvement in Austria's financial position, so that the total sum of 4,700,000 francs to be paid by Austria may be discharged in less than 26 years.

The advances made by Switzerland to the International Commission for the Regulation of the Rhine on account of the above-mentioned contributions of two States shall not in general exceed the expenditure for the next three months, calculated on the basis of the general programme and estimates drawn up for the year in progress.

The International Commission for the Regulation of the Rhine shall apply for these advances to the Federal Department of the Interior, sending at the same time a periodical statement of the financial position of the undertaking to both Governments.

These advances shall be shown in the yearly accounts of the International Commission for the Regulation of the Rhine as contributions made by both States in equal proportions.

The advances, which shall not exceed the total sum of 9,400,000 francs, shall be repaid by means of the above-mentioned contributions of Switzerland and the Austrian Republic.

B. In addition to the funds mentioned under "A", the Rhine regulation works have also at their disposal a Reserve Fund constituted in the course of the last few years chiefly by accumulated interest, to which will be added any interest, sums obtained by sales, or profits on the exchange which may accrue in future.

Any losses on the exchange shall be met out of the Reserve Fund. The latter shall also be used for joint expenses of construction and upkeep which are not provided for in the approved plans for the regulation of the Rhine.

The right of drawing on this fund belongs to both Governments. The International Commission for the Regulation of the Rhine is also entitled to draw on it but only to an amount not exceeding 25,000 francs in a single year and for the execution of urgent work which cannot be postponed.

Dans les comptes annuels de l'entreprise, le fonds de réserve sera traité spécialement. Les capitaux de ce fonds doivent être placés en Suisse.

Article 7.

Les excédents de dépenses qui se produiraient dans l'exécution des ouvrages à frais communs et que les deux Gouvernements reconnaîtraient comme nécessaires seront aussi supportés, en parties égales, par les deux Etats.

Dans le cas où il serait indispensable, pour provoquer un dégagement plus grand des galets, de concentrer davantage le profil d'écoulement du Rhin que l'on est convenu d'exécuter, dès l'abord, en deux parties, les deux Gouvernements déclarent tout particulièrement être disposés à y consentir, après avoir toutefois examiné les circonstances en commun.

La moitié des excédents de dépenses éventuelles à la charge de l'Autriche sera avancée par la Suisse et remboursée plus tard par l'Autriche, à la suite des restitutions que cet Etat doit effectuer à teneur de l'article 6 qui précède. Ces remboursements devront se monter au minimum à 250.000 francs par an.

Article 8.

A. L'Autriche s'est déjà chargée, conformément aux articles 6 et 8 du Traité du 30 décembre 1892, de l'entretien des ouvrages de la coupure de Fussach.

Les travaux d'entretien des ouvrages exécutés à frais communs entre le pont de chemin de fer de St. Margarethen et l'embouchure de l'Ill seront supportés par le fonds de construction pendant la durée des travaux (art. 4). Plus tard, chaque Etat se chargera de l'entretien de la partie des ouvrages qui se trouvent dans son pays, tout en se réservant de régler sur son territoire de la façon qui lui conviendra le mieux cet entretien, ainsi que celui qui concerne les anciennes digues du Rhin.

Quant au maintien en bon état du profil mineur entre les digues maçonnées, les Etats contractants auront soin, même après l'expiration de la période de construction (art. 4), de veiller à ce qu'aucun dépôt de gravier ne vienne à se fixer dans le lit, ce qui pourrait provoquer des remous dangereux.

Les Gouvernements des deux Etats reconnaissent en outre que, non seulement les tra-

The Reserve Fund must be shown separately in the annual accounts. The moneys of the Reserve Fund shall be invested in Switzerland.

Article 7.

Additional costs incurred in carrying out work at the expense of both Governments and recognised by both Governments as indispensable shall also be borne in equal parts by both States. In particular, should it become necessary, in order to ensure a more rapid clearance of silt, to narrow down the cross-section of the Rhine originally established in two parts, the two Governments declare their readiness, after a joint examination of conditions, to authorise the execution of such work with retrospective effect.

The half share of any surplus expenditure for which Austria may be responsible shall be advanced by Switzerland and repaid by Austria in addition to the payments under Article 6 in yearly instalments of not less than 250,000 francs.

Article 8.

A. In conformity with Articles 6 and 8 of the Treaty of December 30, 1892, Austria has already accepted responsibility for the upkeep of the works of the Fussach cutting.

The upkeep of the regulation works undertaken by both Governments between the railway bridge of St. Margarethen and the confluence of the Ill shall be charged during the period of construction (Article 4) to the account of the building fund. Thereafter each State shall provide for the work of upkeep, including that of installations already in existence, in its own territory in any way it may think fit.

As regards the upkeep of the intermediate cross-section between the dykes, both Contracting States, after the expiration of the time-limit laid down in Article 4, shall take particular care that no gravel deposit shall remain of a nature to cause any dangerous rise of the water-level.

The Governments of both States also recognise that not only must the upkeep of the cross-

vaux d'entretien du profil mineur d'écoulement doivent être exécutés en commun et à parts égales, même après la période de construction (art. 4), attendu qu'ils sont d'intérêt général, mais qu'il sera aussi nécessaire pour l'entretien en état de parfaite sécurité des ouvrages exécutés, de veiller également au maintien du profil normal complet d'écoulement.

Les deux Etats s'engagent en conséquence à exécuter à leurs frais tous les travaux reconnus nécessaires à empêcher ou à faire disparaître les changements qui pourraient influencer défavorablement l'écoulement sur les bermes du profil normal, pour autant que la sécurité des ouvrages de régularisation le réclamera.

La question de l'entretien des ouvrages pour le prolongement du canal de Fussach (art. 1, chiffre 7) fera l'objet d'un arrangement spécial entre les deux Etats. Jusque-là, ces ouvrages seront entretenus à frais communs.

L'entretien du canal d'écoulement près de Diepoldsau est à la charge de l'Autriche, pour la partie située sur son territoire et cela dans un délai d'un an après l'introduction des eaux. Elle recevra de la Suisse, pour cet entretien, une somme à déterminer, d'un commun accord, par les deux Gouvernements sur la proposition de la Commission du Rhin.

B. Les deux Etats s'engagent à exécuter suivant les circonstances les ouvrages nécessaires au prolongement des ouvrages de la coupure de Fussach, mentionnés sous chiffre 7 à l'article premier.

Les dépenses y relatives seront supportées, à parts égales, par les deux Gouvernements.

C. Afin d'assurer l'entretien irréprochable des ouvrages exécutés en compte commun, il sera procédé chaque année à une inspection de la part de délégués nommés par les deux Gouvernements qui constateront l'état des ouvrages de la correction du fleuve et du canal de dérivation des eaux de Diepoldsau et qui fixeront, en même temps, les mesures utiles à prendre.

Le canal d'assainissement (Neunergraben, etc.) mentionné à l'article 2 pourra également faire partie de cette inspection, si son état exerce une influence quelconque sur l'écoulement des eaux du canal de Diepoldsau. Le Gouvernement autrichien s'engage à remédier aux inconvénients qui viendraient à être signalés à cet égard.

section allowing the water to flow off in the bed of the river itself between the dykes, be provided for and paid for jointly, even after the conclusion of the period of construction (Article 4), since this is a matter of common concern, but that it is also necessary for the complete security of the work undertaken to provide for the upkeep of the entire ordinary cross-section.

Both States therefore undertake to carry out at their own expense all work recognised as necessary to prevent or rectify changes in the fore-land affecting the normal cross-section, in so far as the security of the regulation works requires it.

The question of the upkeep of the extension works (Article 1, Section 7) shall be settled later by special agreement between the two Contracting Parties. Until then the cost of upkeep shall be borne jointly.

The Austrian Government shall assume responsibility for the upkeep of that part of the open junction canal near Diepoldsau which is situated on its own territory within one year from the date on which water is introduced into the canal and shall receive from Switzerland in respect of such upkeep a sum to be settled by agreement between both Governments on the proposal of the International Commission for the Regulation of the Rhine.

B. Both States undertake to carry through the extension into the Lake of Constance mentioned in Article 1, Section 7, in good time and as circumstances may require. The cost of this work shall be borne equally by the two States.

C. In order to ensure by means of concerted measures the efficient upkeep of the works constructed jointly, the representatives of both Governments shall carry out each year an inspection and shall note the condition of the work along the Diepoldsau sector and junction canal and determine what measures are necessary.

The canal system mentioned in Article 2 (Neunergraben, etc.) shall also be included in this inspection in so far as its condition influences the carrying-off of the waters of the Diepoldsau sector. The Austrian Government undertakes to make good any deficiencies which may be noted in this respect.

Article 9.

A. L'exécution de l'entreprise commune du redressement du Rhin et la direction de toutes les affaires qui s'y rattachent sont confiées à une commission internationale mixte dite de redressement du Rhin et composée de quatre membres et de quatre suppléants, dans laquelle chaque Etat délègue deux membres et deux suppléants.

Chaque année la Commission choisit dans son sein son président, qui doit être alternativement de nationalité suisse et de nationalité autrichienne. La Commission doit se réunir en temps opportun, dans le cours de chaque exercice, en un lieu qu'elle désignera, pour débattre et décider les mesures nécessaires à prendre en vue d'une bonne exécution de l'entreprise commune. Elle a aussi le droit de faire exécuter ses décisions dans les limites du projet convenu et de requérir, à cet effet, la coopération des autorités compétentes.

Chacun des membres de la Commission, y compris le président, a droit de vote. Si, dans la délibération sur des questions rentrant dans sa compétence, il ne peut se former la majorité nécessaire pour prendre une décision, l'affaire doit être d'abord soumise aux deux Gouvernements. Si ceux-ci ne peuvent pas tomber d'accord sur la décision à prendre, l'objet en cause sera soumis au jugement d'un ingénieur, ressortissant d'un autre Etat, désigné dans chaque cas particulier par les deux Etats contractants.

Les procès-verbaux des délibérations de la Commission doivent être expédiés en deux exemplaires, dont l'un sera remis au Conseil fédéral suisse à Berne et l'autre au Ministère autrichien du commerce et des transports à Vienne.

Les frais d'administration de la Commission, y compris les vacations et les indemnités de route de ses membres, sont, de même que les dépenses faites pour l'expédition des affaires courantes et pour la direction et la surveillance des travaux, à la charge du compte de l'entreprise commune de redressement du Rhin.

Les indemnités des membres de la commission et les honoraires des directeurs des travaux sont fixés, d'un commun accord, par les deux Gouvernements, sur la proposition de la Commission internationale.

B. La Commission internationale mixte du Rhin est chargée de la surveillance et de l'ad-

Article 9.

A. The regulation of the Rhine and all matters connected therewith shall be supervised by an International Commission for the Regulation of the Rhine consisting of four members and four substitutes, each of the two Governments being represented by two representatives and two substitutes.

This Commission shall each year elect one of its members as chairman, who must be alternately of Swiss and Austrian nationality. The Commission shall meet at a suitable time during each year at a place it shall select, and discuss and decide the measures required for the proper conduct of the joint undertaking; it shall be entitled to execute decisions taken within the limits of the plan agreed upon and to call upon the competent authorities for their assistance in doing so.

Each of the members of the Commission, including the chairman, shall be entitled to a vote. When no majority can be obtained on matters within the competence of the Commission, the matter shall be submitted in the first place to the Governments. Should the latter be unable to reach an agreement, the matter shall be submitted for decision to an engineer belonging to a third State, appointed for each case by agreement between the two Governments.

The records of the Commission's discussions shall be drawn up in duplicate copies, one of which shall be forwarded to the Swiss Federal Council and the other to the Austrian Federal Ministry of Trade and Commerce at Vienna.

The administrative expenses of the Commission, including the subsistence allowances and travelling expenses of its members, and disbursements for the discharge of current business and for the management and inspection of the works, shall be charged to the account of the joint Rhine regulation works.

The remuneration of the members of the commission and the salaries of the overseers shall be fixed by agreement between the two Governments on the proposal of the Commission for the Regulation of the Rhine.

B. The International Commission for the Regulation of the Rhine shall be responsible

ministration de l'entreprise commune, tant sous le rapport technique qu'au point de vue administratif et financier.

Dans ce cas, les projets élaborés par les directions de travaux (art. 10) doivent lui être soumis pour examen et approbation.

Elle examine et approuve les programmes de campagne annuelle et en ordonne l'exécution, elle ratifie les contrats de construction et de fournitures, ainsi que les cahiers des charges pour l'adjudication des travaux et des livraisons de matériaux ; elle inspecte les ouvrages exécutés dans le cours d'une campagne, en opère la collaudation en se basant sur les décomptes qui lui sont soumis par la direction locale et en liquide les frais d'exécution conformément au résultat de sa vérification.

Elle décide des achats de terrain, de bâtiments, de places d'approvisionnement et de dépôt de matériaux, etc. ; donne les pouvoirs nécessaires pour conclure des arrangements au sujet d'indemnités d'expropriation et ratifie ces arrangements.

La commission est autorisée à apporter des modifications dans les détails des ouvrages communs, mais sans outrepasser le devis préliminaire fixé pour l'ensemble des ouvrages.

Dans le cas contraire ou si l'exécution exige que l'on s'écarte notablement des bases fixées par le présent Traité, l'assentiment des deux Gouvernements est nécessaire.

A la fin de chaque exercice, la Commission fera rapport aux deux Gouvernements sur l'état d'avancement des travaux et sur la situation financière de l'entreprise.

Article 10.

Pour diriger les travaux à exécuter en commun au Rhin d'après les décisions de la Commission internationale, on créera deux directions locales, dont l'une, autrichienne, résidera à Bregenz, et l'autre, suisse, à Rorschach. La Commission répartira convenablement, entre ces deux directions, les travaux à exécuter par chacune d'elles. Tous les ouvrages en relation directe avec la coupure de Diepoldsau seront attribués à la direction suisse à Rorschach.

Chaque Gouvernement remettra à un ingénieur spécial la direction des ouvrages à faire sur son territoire.

for the supervision and administration of the joint enterprise from the technical, administrative and financial points of view.

Accordingly the plans drawn up by the directing offices (Article 10) shall be submitted to it for examination and approval.

The Commission shall also examine and approve the yearly programmes of work and authorise their execution ; it shall approve the building and supply contracts and the allocation of such contracts according to the tenders received ; it shall also inspect the work carried out in the previous year and appraise it on the basis of the accounts submitted by the overseers, and pay off liabilities in conformity with its findings.

The Commission shall pronounce upon the necessity of purchasing plots of ground, buildings, sites for stores and depots of material, etc. ; it shall confer the necessary authority for the conclusion of agreements regarding expropriation and shall ratify these agreements.

The Commission shall be entitled to decide upon changes in the details of the works, provided this does not involve expenditure in excess of the preliminary estimates for the whole undertaking.

Should these estimates be exceeded or the proposals involve a material departure from the principles of the present Treaty, the approval of the Governments must be obtained.

At the end of each year, the Commission shall make a report to both Governments on the progress of work and the financial position.

Article 10.

For the execution of the work to be jointly undertaken on the Rhine in conformity with the decisions of the International Commission, two directing offices shall be established, at Bregenz and Rorschach respectively. The Commission for the Regulation of the Rhine shall be responsible for the appropriate distribution of the work between these two offices in accordance with requirements. All work connected with the Diepoldsau cutting shall, however, be under the supervision of the Swiss directing office.

The respective Governments shall each appoint an engineer to act as chief of the directing office in charge of work on its territory.

Ces deux directions sont chargées, avec l'aide du personnel qui leur est adjoint suivant les besoins, de soigner les affaires qui leur incombent conformément à une instruction élaborée par la Commission internationale.

Article 11.

Il est expressément réservé à chacun des deux Gouvernements le droit de faire, en tout temps et en toute liberté, inspecter et contrôler, par des organes spéciaux, l'entreprise commune au point de vue technique et financier.

Article 12.

Après l'achèvement des ouvrages communs énumérés à l'article premier, chiffres 1 à 6, ainsi que de ceux indiqués à l'article 2, et après la liquidation complète des affaires, la Commission internationale sera dissoute.

Les deux Gouvernements s'entendront de commun accord sur la manière dont seront traités les objets de nature commune encore en suspens à ce moment-là.

Article 13.

Les matériaux nécessaires pour la construction des ouvrages communs seront, autant que possible, tirés du pays même.

Les machines, instruments, outils, etc., nécessaires pour les travaux à exécuter ensuite du présent Traité et qui devront être transportés de l'un des pays dans l'autre jouiront temporairement de la franchise réciproque des droits d'entrée, à la condition que ces objets soient dûment déclarés, leur identité constatée par les agents de la douane, la taxe douanière fixée et leur rentrée de l'étranger effectuée dans un délai convenable.

Les objets qui ne seront pas rentrés dans ce délai seront soumis aux droits de douane.

Article 14.

Lorsque le cours du Rhin aura été détourné dans la coupure de Fussach, l'ancien lit du Rhin servira de chenal pour déverser, jusque

These directors shall deal with all current business in conformity with official instructions issued from time to time by the International Commission for the Regulation of the Rhine and with the help of the auxiliary staff placed under their orders as circumstances may require.

Article 11.

The two Governments expressly reserve the right to inspect and to exercise the fullest control over the joint enterprise, both from the technical and financial points of view, by means of bodies specially authorised for the purpose.

Article 12.

After the completion of the work specified in Article 1, Sections 1 to 6, and in Article 2, and after the undertaking has been finally wound up, the International Commission for the Regulation of the Rhine shall be dissolved and the two Governments shall come to an agreement with regard to the settlement of any matters which may still be outstanding.

Article 13.

The building materials employed for the joint undertaking shall, as far as possible, be of home production.

All machinery, instruments, tools, etc. required for the work undertaken under the present Treaty which may be transported from one State to the other shall be temporarily free of Customs duty, provided that these articles are duly declared and identified by the Customs officials, that security is deposited in respect of the duty to which they are liable and that they are re-exported within a suitable period.

Articles which are not re-exported within such period shall pay the Customs duties to which they are liable.

Article 14.

When the Rhine has been diverted through the Fussach cutting, the old channel shall serve to carry off the inland waters of both

dans le lac de Constance, les eaux intérieures des deux rives, mais surtout celles de la rive suisse. La Commission du Rhin fixera la largeur et la direction de ce chenal, qui devra rester dans le milieu de l'ancien lit, si cela est possible sans de trop grands frais.

Il appartient à la Confédération suisse de décider s'il est nécessaire, pour obtenir une pente uniforme, de couper des gués et de régulariser le canal.

Une fois la régularisation établie, chacun des deux Etats se chargera de l'entretien des berges sises sur son territoire.

Article 15.

La frontière territoriale entre les deux Etats restera telle qu'elle est, même après l'achèvement complet des deux coupures, c'est-à-dire au milieu de l'ancien lit du Rhin.

Il est expressément entendu que les arrangements relatifs à la frontière douanière, à la pêche, à la navigation, à l'extraction du sable, du gravier et des pierres ou à d'autres circonstances feront l'objet de négociations spéciales, s'il paraît désirable de conclure des arrangements de ce genre.

Article 16.

Dans le cas où les deux Gouvernements n'arriveraient pas à s'entendre sur l'interprétation ou l'application de certaines dispositions du présent Traité, l'objet de la contestation sera soumis au jugement d'un tribunal arbitral.

Chacun des deux Gouvernements nommera un membre de ce tribunal. Le sur-arbitre, qui ne pourra appartenir à aucun des deux Etats contractants, sera désigné, d'un commun accord, par les deux Gouvernements.

Si une entente n'est pas possible dans le délai de six mois après qu'une des Parties aura demandé le jugement du tribunal arbitral, le choix du sur-arbitre se fera dans le sens des dispositions de l'article 45, alinéas 4 et suivants, de la Convention internationale de La Haye de 1907, conclue pour assurer le règlement pacifique des différends internationaux.

countries, and particularly those of the Swiss inland canal, into the Lake of Constance. The International Commission for the Regulation of the Rhine shall determine the breadth and direction of the channel required, which shall as far as possible be situated in the centre of the old bed of the Rhine provided no excessive expenditure is involved.

It shall be for the Swiss Confederation to decide whether it is necessary to construct fords and regulation works along this channel to secure an even fall.

Once the channel has been regulated, the upkeep of the banks shall be provided for by the respective Governments.

Article 15.

The frontier between the two States shall remain unchanged even after the completion of the two cuttings and shall continue to follow the middle of the old bed of the Rhine.

Any special agreements regarding the Customs frontiers, fisheries, shipping, extraction of sand, gravel or stones, or any other matters the conclusion of which may appear desirable shall form the subject of special negotiations.

Article 16.

Should the two Governments disagree with regard to the interpretation or application of individual provisions of the present Treaty, the matter shall be referred to a court of arbitration.

Each of the two Governments shall appoint one member of this court. The umpire, who shall not be a national of either of the contracting States, shall be appointed by agreement between the two Governments.

Should no agreement have been reached on the nomination of the umpire within six months from the date one of the Parties has proposed a settlement of the dispute by arbitration, the umpire shall be appointed in conformity with the procedure laid down in Article 45, paragraph 4 *et seq.*, of the Hague Convention of 1907 on the Pacific Settlement of International Disputes.

Article 17.

Le Conseil fédéral suisse et le Gouvernement autrichien feront tous leurs efforts pour exécuter, dans les bassins de formation des affluents du Rhin, les corrections, barrages et autres travaux propres à retenir leurs galets, afin de diminuer, autant que possible, les charriages dans le lit du Rhin et d'entretenir, à l'avenir, un cours régulier de ce fleuve.

Chaque Gouvernement se réserve cependant de fixer l'époque et l'étendue de ces diverses corrections de torrents; toutefois, ces travaux doivent être poussés activement, surtout dans les affluents dont l'influence causée par l'apport des galets est la plus nuisible.

Article 18.

Le présent Traité sera constitutionnellement ratifié et les ratifications en seront échangées à Vienne le plus tôt que faire se pourra; il entrera en vigueur immédiatement après l'échange des ratifications.

Ce Traité sera établi en deux exemplaires; après sa ratification, il sera publié dans le recueil officiel des lois des deux Etats contractants.

En foi de quoi les Plénipotentiaires des deux Gouvernements, soit M. le Dr Charles-Daniel Bourcart, comme Plénipotentiaire de la Confédération Suisse, et M. le Dr A. Grünberger, comme Plénipotentiaire de la République d'Autriche, ont, après vérification réciproque de leurs pouvoirs, signé le présent Traité et y ont apposé leur sceau.

Ainsi fait à Vienne, le 19 novembre 1924.

Pour la Confédération Suisse :
(L. S.) (Signé) C. D. BOURCART,

Pour la République d'Autriche :
(L. S.) (Signé) Dr GRÜNBERGER.

Pour copie conforme :
Berne, le 18 novembre 1925.

Le Chancelier de la Confédération :
(Signé) KAESLIN.

Article 17.

In order to provide for the maintenance in good condition of the regulated stretch of the Rhine, the Swiss and Austrian Governments pledge themselves to take the necessary measures to minimise the discharge of silt from the tributaries of the Rhine into that river by making the necessary constructions in the channels and in the neighbourhood of the sources of these tributaries.

Each Government shall, however, decide for itself the time and nature of the works to be undertaken for regulating torrents, it being understood that these works shall be pushed on as fast as possible in those tributaries which cause the most detriment to the main river-bed by bringing down stones and silt.

Article 18.

The present Treaty shall be ratified and the ratifications shall be exchanged as soon as possible at Vienna after they have been constitutionally approved. The Treaty shall enter into force as soon as the ratifications have been exchanged.

The present Treaty shall be drawn up in duplicate. The ratified text shall be published by both States in their official legal publication.

In faith whereof the undersigned Plenipotentiaries, namely: for the Swiss Confederation: Dr. Charles Daniel Bourcart, Envoy Extraordinary and Minister Plenipotentiary; for the Austrian Republic: Dr. Alfred Grünberger, Federal Minister for Foreign Affairs, having exchanged their full powers, found in good and true form, have signed the present Treaty and affixed thereto their seals.

Done at Vienna, November 19, 1924.

For the Swiss Confederation :
(L.S.) (Signed) C. D. BOURCART.

For the Austrian Republic :
(L.S.) (Signed) Dr GRÜNBERGER.